

1 **Für ein starkes Bremen in Europa! Leitantrag zum** 2 **Landesparteitag der CDU Bremen**

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Die Europäische Einigung ist für uns als CDU Bremen auch nach über 70 Jahren
5 eine wegweisende Erfolgsgeschichte. Dabei hat insbesondere die Europäische
6 Union für Stabilität und Wohlstand in ungeahntem Ausmaß gesorgt, von dem auch
7 unsere Städte Bremen und Bremerhaven profitiert haben und weiterhin profitieren.
8 Als Hansestadt und Seestadt, als echte Handelsstandorte, wissen wir um den Wert
9 freien Grenzverkehrs, des ungehinderten Warenflusses und der Kooperation über
10 Grenzen hinweg. Wir wollen ein Europa, das regional verwurzelt, national getragen
11 und europäisch legitimiert ist. Ein Europa, das für die Menschen in Bremen und
12 Bremerhaven da ist. Zugleich treten wir für eine EU ein, die besser funktioniert und
13 sich auf das Wesentliche konzentriert. Wir rufen alle Wahlberechtigten in Bremen
14 und Bremerhaven auf, am 9. Juni 2024 von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen
15 und Europa nicht den Populisten von rechts und von links zu überlassen.

16 Die folgenden Punkte sind für uns als CDU Bremen zentrale Handlungsfelder, in
17 denen die EU, Deutschland, Bremen und Bremerhaven gestärkt werden müssen.

18 **1. Die Sicherheit aus und für Bremen und Bremerhaven stärken!**

19 Die schnelle Verfügbarkeit von Verteidigungsgütern ist eine entscheidende Frage für
20 die Sicherheit Bremens, Deutschlands und Europas in den kommenden zehn Jahren.
21 In Bremen und Bremerhaven arbeiten etwa 4.000 Menschen im Bereich der
22 industriellen Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie. Das sind immerhin etwa ein
23 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Unternehmen produzieren
24 hier in den Dimensionen Land, Luft, See und Cyber wichtige Verteidigungsgüter nicht
25 nur für die Bundeswehr, sondern auch für unsere Partner in Europa und in der
26 ganzen Welt. Wir müssen diese Schlüsselindustrien stärken und an gemeinsamen
27 Exportregeln arbeiten. Die europäische Taxonomie darf die bremischen
28 Unternehmen auf keinen Fall belasten und in ihren Investitionstätigkeiten
29 beschränken. Unser Ziel eines echten gemeinsamen Rüstungsmarktes und einer
30 gemeinsamen Industriestrategie wird die verteidigungstechnischen Unternehmen in
31 Bremen und Bremerhaven sowie ihre Wertschöpfung stärken. Auf lokaler Ebene
32 wollen wir den Verteidigungsunternehmen Entwicklungsmöglichkeiten am Standort
33 geben, etwa durch die Ausweisung von Gewerbeflächen in unmittelbarer Nähe zu
34 bisherigen Standorten.

35

36

37 **2. Bremerhaven ist Dreh- und Angelpunkt europäischer Sicherheit!**

38 Die Seestadt Bremerhaven übernimmt in einem möglichen Verteidigungsfall der
39 NATO eine zentrale Funktion für Deutschland und ganz Mitteleuropa. Als
40 internationale Drehscheibe militärischer Mobilität, vor allem aber für US-Streitkräfte,
41 sind die Hafenanlagen sowie die infrastrukturellen Anlagen von herausragender
42 Bedeutung. Wir setzen uns für den Ausbau und die Sanierung der
43 verteidigungswichtigen Hafeninfrastruktur ein. Dazu gehören auch die
44 Hinterlandanbindungen auf der Schiene, der Autobahn und der Flughafen in Bremen.
45 Auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes sind diese
46 infrastrukturellen Maßnahmen zentral.

47 **3. Einen Sicherheitsdialog mit unseren Partnerstädten in Mittelost- und**
48 **Nordeuropa aufbauen!**

49 Bremen und Bremerhaven verfügen über starke Partnerschaften zu Verbündeten in
50 Mittelost- sowie Nordeuropa. Wie Gdansk in Polen, Riga in Lettland und jüngst
51 Odessa in der Ukraine eng mit Bremen verbunden sind, sind es Szczecin in Polen,
52 Pori in Finnland und Fredrikshavn in Dänemark mit Bremerhaven. Gleichzeitig haben
53 diese Städte und ihre nationalen Regierungen sicher einen anderen Blick auf und ein
54 anderes Verständnis für die Sicherheitslage, als wir es in Bremen und Bremerhaven
55 derzeit haben. Wir setzen uns deshalb für einen gemeinsamen Sicherheitsdialog mit
56 unseren Partnerstädten in Europa ein, der von der Bildung eines gemeinsamen
57 Sicherheitsverständnisses bis hin zu praktischen Kooperationen und einem
58 gegenseitigen Austausch im Rahmen von militärischer und ziviler Verteidigung reicht.
59 Mit einem gemeinsamen Sicherheitsdialog stärken wir auf ganz praktische Art und
60 Weise die Verständigung Europas.

61 **4. Die Zivilklausel an den Hochschulen des Landes Bremen muss weg!**

62 Wissenschaft und Forschung sind frei. Sie dienen als gemeinsame Treiber für
63 Fortschritt und Innovation in allen Bereichen unseres Zusammenlebens. Dabei bildet
64 das Militär keine Ausnahme. Für eine gut aufgestellte Verteidigungsindustrie im Land
65 Bremen und eine starke Bundeswehr in Deutschland braucht es zudem eine
66 fundierte Anerkennung der militärischen Forschung in der Wissenschaft. Beiden
67 Zielen steht die Zivilklausel im bremischen Hochschulgesetz im Weg. Sie ist im Jahr
68 2024 ein falsches und missverständliches Signal an unsere Streitkräfte sowie die
69 Partner in Europa und in der Welt. Die Zivilklausel muss deshalb aus unserem
70 Hochschulrecht gestrichen werden.

71 **5. Mit Humanität und Ordnung irreguläre Migration verhindern!**

72 Die Aufnahmesysteme in Bremen sind an ihrer Belastungsgrenze angekommen und
73 in Teilen schon darüber hinaus. Gleichzeitig können wir auf legale Zuwanderung von
74 Fachkräften, die bei uns arbeiten und mit anpacken wollen, nicht verzichten. Wir

75 stehen zu unserer humanitären Verantwortung, verfolgten Menschen zu helfen.
76 Europaweit einheitliche Asylverfahren erhöhen die Akzeptanz dieses Handelns.
77 Gleichzeitig müssen wir Schleuserkriminalität bekämpfen, den effektiven Schutz der
78 Außengrenzen sicherstellen, eine konsequente Abschiebep Praxis vollziehen und
79 irreguläre Migration unterbinden. Der Asylpakt der Europäischen Union wird
80 Deutschland dabei helfen. Es ist im Gegenzug die Aufgabe jeder staatlichen Ebene,
81 den Pakt in eigener Verantwortung umzusetzen und selbst Maßnahmen zur
82 Begrenzung und Steuerung zu ergreifen. Die Bezahlkarte ist hierbei für Bund, Länder
83 und Kommunen ein ganz wesentlicher Aspekt, der eine große Wirkung haben wird.
84 Dass Bremen der Einführung der Karte im Bundesrat aus ideologischen Gründen
85 nicht zugestimmt hat, ist somit auch eine Absage an die Solidarität in Europa. Wir
86 drängen trotz dieser verantwortungslosen Haltung weiter auf die Einführung der
87 Karte im Land Bremen.

88 **6. Das Konzept der sicheren Drittstaaten umsetzen. Anreize reduzieren!**

89 Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat außerhalb der
90 EU gebracht werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Es muss ermöglicht
91 werden, dass in sicheren Drittstaaten Asylverfahren stattfinden, die allen
92 rechtsstaatlichen Voraussetzungen entsprechen. Im Falle der Anerkennung soll der
93 sichere Drittstaat ihnen Schutz gewähren. Wir sprechen uns dafür aus, dass nach
94 der erfolgreichen Umsetzung des Drittstaatskonzepts eine Koalition der Willigen
95 innerhalb der EU jährlich ein Kontingent schutzbedürftiger Menschen aus dem
96 Ausland aufnimmt und entsprechend verteilt. Wir wollen die Sozialleistungen in der
97 EU für Asylbewerber und Schutzberechtigte unter Berücksichtigung der Kaufkraft der
98 Mitgliedstaaten annähern. Europa muss zudem mehr dafür tun, Fluchtursachen
99 wirksam zu bekämpfen. Viele Flüchtlinge machen sich aus menschlich
100 nachvollziehbaren Gründen auf den Weg nach Europa. Vorrangiges Ziel muss es
101 sein, Hilfe in den Herkunfts- und Transitländern zu leisten und Menschen in ihrer
102 Heimat Lebensperspektiven zu eröffnen.

103 **7. Den Wohlstand für Generationen nachhaltig sichern!**

104 Bremen und Bremerhaven sind Industriestandorte. Tausende von Frauen und
105 Männern arbeiten in den Unternehmen und schaffen Werte. Jeden Tag. Innovative
106 und zukunftsfähige Wirtschaftsstandorte gibt es nur in einem starken Europa. Wir
107 setzen uns daher für gute Rahmenbedingungen ein, die Wachstum ermöglichen und
108 die notwendige Transformation begleiten. Die EU schützt und unterstützt die
109 Unternehmen in der kritischen Phase der Transformation zum Beispiel auch mit dem
110 CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, der energieintensive, importierte Produkte aus
111 solchen Ländern betrifft, die es mit dem Klimaschutz weniger genau nehmen. Der
112 Eingriff auf diese Weise kann aber immer nur eine Zwischenlösung sein. Langfristig
113 setzen wir deshalb auf innovative Konzepte und auf marktbasierende Instrumente: mit
114 Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau erneuerbarer Energien

115 und einer starken Wasserstoffwirtschaft, mit Energieeffizienz und mit einer
116 Kreislaufwirtschaft. Das Ziel muss ein niedriger, wettbewerbsfähiger Strompreis sein.

117 Lokal vor Ort stehen wir zur Transformation der Stahlwerke bzw. ihrer Umrüstung auf
118 den Betrieb mit Wasserstoff, der durch die EU maßgeblich unterstützt wird. Dies ist
119 weiterhin eine der zentralen Stellschrauben auf dem Weg Bremens hin zur
120 Klimaneutralität. Die Stahlwerke machen einerseits etwa die Hälfte des CO₂-
121 Ausstoßes des Landes Bremen aus. Wenn wir hier etwas bewegen können, dann tun
122 wir wirklich etwas für den Klimaschutz und kommen dem Ziel der Klimaneutralität
123 deutlich näher. Bei der Bereitstellung der Kofinanzierungsmittel für die
124 Dekarbonisierung und die klimaneutrale Transformation des Stahlwerks muss
125 Nachhaltigkeit auch im Sinne der finanziellen Generationengerechtigkeit im
126 Vordergrund stehen. Schließlich müssen unsere Kinder irgendwann unsere Schulden
127 zurückbezahlen – und können selbst weniger Geld ausgeben. Wir sind uns diesem
128 Spannungsverhältnis bewusst. Prinzipiell wollen wir finanzielle Mittel der
129 Europäischen Union gezielt für Wachstum, Innovation und Wohlstand einsetzen.
130 Auch hier müssen wir klare Prioritäten zugunsten der Zukunft setzen.

131 **8. Freier Handel: Die historische Lebensader Bremens und Bremerhavens!**

132 Bremen und Bremerhaven begründen ihren Wohlstand auch auf die Idee freien
133 Handels in der Welt. Den Wert des Freihandels müssen wir wieder stärken: Die EU
134 braucht eine strategische Handelspolitik, die den gegenseitigen Zugang zu offenen
135 Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten in
136 wichtigen Bereichen reduziert. Wir wollen mehr Freihandelsabkommen vor allem mit
137 den USA und Südamerika abschließen, ohne sie mit sachfremden Themen zu
138 überfrachten. Gleiches gilt für Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum, etwa mit
139 Indien, Australien, Indonesien und Thailand. Künftig sollen Freihandelsabkommen
140 nur noch als reine EU-Abkommen („EU-only“) verabschiedet werden. Gleichzeitig
141 bieten wir den Ländern damit auch echte Partnerschaften an, um Europa in einem
142 globalen Wettbewerb zu stärken.

143 **9. Forschung, Innovation, Digitalisierung als Grundlage für ein zukunftsstarkes** 144 **Land Bremen und Europa**

145 Wir wollen ein Europa, das Schlüsseltechnologie versteht, entwickelt und produziert.
146 Es ist notwendig, Abhängigkeiten zu reduzieren und Schritt für Schritt die
147 technologische Souveränität in Europa zu behaupten. Dafür ist eine Offensive in
148 Forschung und Entwicklung unabdingbar. Bremen und Bremerhaven sind Standorte
149 mit einer starken Forschungs- und Innovationslandschaft sowie Vorreiter bei der
150 Erforschung und Entwicklung von Schlüsseltechnologien wie z.B.
151 Digitalisierung/Künstliche Intelligenz, Leichtbau und Additive Fertigung (3D-Druck),
152 Autonome Systeme und Robotik, Wasserstofftechnologien und Biotechnologie. Aber
153 auch die Verbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Entwicklung ist an unserem
154 Standort einmalig. Hierfür steht beispielsweise die German Offshore Space Alliance,

155 die mit mehreren Unternehmen aus der Region an der Umsetzung eines Offshore
156 Weltraumbahnhofes für Deutschland und Europa arbeitet. Wir unterstützen diese
157 Allianz, weil sie innovatives Denken und Technologiesouveränität miteinander
158 verbindet.

159 Damit es weiterhin so bleibt, sind ausreichende Investitionen in die
160 Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven unabdingbar. Mit der
161 mangelnden Ausfinanzierung des Wissenschaftsplans 2025 gefährdet Rot-Grün-Rot
162 derzeit die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität unserer Hochschulen und
163 Forschungseinrichtungen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der anstehenden
164 Erstellung des Wissenschaftsplans 2030 ambitionierte Ziele und Leitlinien für die
165 Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Bremen definiert werden. Eine solide und
166 verlässliche Finanzierung für unsere Hochschulen sowie die Anhebung ihrer
167 Grundfinanzierung mindestens auf das Bundesdurchschnittsniveau sind für uns
168 dabei von hoher politischer Priorität – auch im Sinne der Forschungs- und
169 Innovationsführerschaft Europas.

170 Die Zukunft Europas ist digital, und diese fängt bei den Fachkräften an. Lokal wollen
171 wir daher ein eigenständiges Unterrichtsfach Informatik ab der Sekundarstufe I
172 einführen und setzen uns für einen Lehramtsstudiengang Informatik in Bremen ein.
173 Für einen starken KI-Standort Bremen wollen wir Forschung fördern,
174 Anwendungsentwicklungen unterstützen und Freiräume schaffen. Obwohl die KI-
175 Strategie des Landes Bremen erste Schritte für die Entwicklung in diese Richtung
176 gesetzt hat, sind Konkretisierung und Umsetzung noch ausbaufähig. Der Einsatz von
177 KI in der öffentlichen Verwaltung bietet Chancen für Bürgerinnen und Bürger – durch
178 Pilotprojekte, Anpassung des rechtlichen Rahmens und Bildungskampagnen wollen
179 wir dies fördern. Auf europäischer Ebene ist es entscheidend, dass unsere ethischen
180 Werte die Grundlage für die Entwicklung der KI-Technologie bilden und wir die
181 Risiken beherrschen, ohne Chancen durch Überregulierung zu ersticken.

182 **10. Es macht einen Unterschied, wer Kommissionspräsidentin wird!**

183 Das Europäische Parlament hat mit dem sogenannten Spitzenkandidatensystem,
184 den Willen bekräftigt, dass Präsidentin oder Präsident der neuen Kommission wird,
185 wer ein klares Mandat der Wählerschaft und eine Mehrheit im Parlament hat. Die
186 CDU Bremen begrüßt das Spitzenkandidatensystem als Ausdruck eines
187 demokratischen Willensbildungsprozesses ausdrücklich. Sie stellt fest, dass die
188 amtierende Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, Europa eine starke
189 Stimme in der Welt verliehen und während der globalen Pandemie sowie des
190 russischen Angriffskrieges auf die Ukraine Führungskraft gezeigt hat. Sie hat
191 bewiesen, dass sie eine Kommissionspräsidentin für die gesamte EU ist. Die
192 Fortsetzung dieses Erfolgskurses unterstützt die CDU Bremen ausdrücklich.

194 **Begründung:**

195 Selten in ihrer Geschichte war die EU mit so vielen gewaltigen Herausforderungen
196 gleichzeitig konfrontiert wie derzeit. Die Sicherheitslage hat sich in den vergangenen
197 Jahren fundamental verändert, insbesondere durch den russischen Angriffskrieg auf
198 die Ukraine. Es zeigt sich: Für Europas Sicherheit und Wehrhaftigkeit müssen wir
199 deutlich mehr tun. Wir brauchen eine umfassende Sicherheitsagenda für die EU, die
200 auf allen politischen Ebenen ankommt und Handlungsdruck erzeugt. Vor allem
201 müssen wir die einzelnen guten Ansätze in den Nationalstaaten zu einer echten
202 Verteidigungsunion weiter entwickeln und den europäischen Pfeiler in der
203 transatlantischen Verteidigung stärken. Die CDU Deutschlands hat auf ihrem 36.
204 Bundesparteitag die Einführung eines verpflichtenden Dienstjahres sowie
205 übergangsweise die Einführung der Kontingentwehrlpflicht beschlossen. Dieser
206 Beschluss ist auch für die europäische Sicherheit wegweisend.

207 Eine weitere Herausforderung sind die Migrationsbewegungen nach Europa: Unser
208 Bundesland Bremen ist deutlich von Vielfalt geprägt. Bereits im Jahr 2019 waren
209 22,6 % der Einwohnerinnen und Einwohner des Landes Bremen keine deutschen
210 Staatsbürger, und 37 % hatten einen Migrationshintergrund. Allein im Jahr 2023 sind
211 9.716 neue Geflüchtete angekommen, während insgesamt 11.521 Schutzsuchende
212 in Bremen betreut werden.

213 Allerdings sehen wir gleichzeitig, dass unsere staatlichen Institutionen durch den
214 großen Zuwanderungsdruck nach Deutschland und in unsere Heimatstädte Bremen
215 und Bremerhaven überfordert sind. Das führt dazu, dass wir Menschen kaum mehr
216 würdig aufnehmen und unterbringen können. Zudem sehen wir, dass z. B.
217 Inobhutnahme, Kindergärten und Schulen überlastet sind und eine wirkliche
218 Integration kaum mehr stattfinden kann. Selbst, wo wir mehr leisten wollen, scheitern
219 wir am Fachkräftemangel. Wir stehen an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit, in
220 Teilen haben wir sie überschritten. Nunmehr gilt es innezuhalten, zum Wohle aller
221 hier lebenden Menschen und im Sinne der ankommenden Menschen. Die
222 überforderten Systeme brauchen unsere Aufmerksamkeit, eine Atempause und die
223 Kraft zur Erneuerung. Wir müssen von der Überforderung wieder in die Förderung
224 kommen. Daran führt für die CDU Bremen kein Weg vorbei. Wir kritisieren die
225 Migrationspolitik des rot-grün-roten Senats und ihre Auswirkungen auf Menschen, die
226 zu uns kommen und die hier leben – nicht jedoch die Menschen. Wir wollen den
227 Menschen, die rechtmäßig Schutz bei uns suchen, tatsächlich helfen können, um
228 ihnen eine zügige Perspektive bieten zu können. Die Maßnahmen der Europäischen
229 Union im beschlossenen Asylpakt werden entscheidend dazu beitragen, irreguläre
230 Migration zu beenden. Europa muss Vielfalt zulassen und dabei die angestammte
231 Werte- und Gesellschaftsordnung bewahren. Das ist das Spannungsverhältnis
232 unserer Zeit und hier wollen wir als Kraft der Mitte den entscheidenden Unterschied
233 machen.

234 Nicht zuletzt müssen wir unseren Wohlstand in einer Zeit des Klimawandels erhalten.
235 Dabei sehen wir Wirtschaft, Energie und Klimaschutz nicht als Gegensätze, sondern
236 als Einheit. Ohne eine wettbewerbsfähige innovative Wirtschaft kann es keinen
237 nachhaltigen Klimaschutz geben. Ohne Klimaschutzmaßnahmen keine nachhaltige
238 Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Daher wollen wir eine sichere Energie- und
239 Rohstoffversorgung. Klimaschutz gestalten wir mit den Menschen und Betrieben,
240 nicht gegen sie.

241 Unser Ziel ist klar: Wir wollen ein Europa in Freiheit, in Sicherheit und in Wohlstand
242 erhalten. Trotz oder gerade wegen der unsicheren Lage in der Welt. Damit wir dieses
243 Versprechen auch gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern noch werden
244 einlösen können, brauchen wir eine veränderte Haltung. Bei der Sicherheit, bei der
245 Migration und bei der Sicherung unseres Wohlstandes. Die Zeit zum Handeln ist
246 jetzt.